- Wer gegen den ausbeuterischen, kriegstreiberischen Kapitalismus ist,

- wer für eine neue, menschenwürdige Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung, Völkerverhetzung und Massenmord ist,

- wer für die Erhaltung und Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Rechte des arbeitenden Volkes eintreten,

wer für den **Sozialismus** kämpfen will -

desssen Platz ist in der MLÖ, der beteilige sich an ihrer Arbeit, der lese, unterstütze und verbreite auch ihr Organ, die "Rote Fahne"!

Wir wissen uns eins mit der großen kommunistischen Weltbewegung, mit allen Menschen und Völkern der Erde, die gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen!

Wir wissen uns eins mit allen Menschen und Völkern der Erde, die sich in beispielgebendem Kampf aus eigener Kraft von Ausbeutung und Unterdrückung befreit haben und - die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus in die Praxis umsetzend - in ihren Ländern die sozialistische Gesellschaftsordnung auf- und ausbauen!

Wir wissen, daß wir, an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus festhaltend, ebenso wie sie siegen werden!

Vorwärts im Aufbau unserer Organisation!

Vorwärts im Kampf für den Sozialismus in Österreich!

Die Gründungskonferenz der
Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

EIGENTÜMER M.L.Ö. - HERAUSGEBER, VERLEGER, FÜR DEN DRUCK UND DEN INHALT VERANTWORTLICH : FRANZ STROBL - ALLE IN 1150 WIEN 15., GOLDSCHLAGSTRASSE 64/5 Tel. 92-10-672

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1150 Wien

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

ORGAN DER MARXISTEN-LENINISTEN ÖSTERREICHS

Sondernummer Juni 1966

WARUM MLÖ ?

Aufruf der Gründungskonferenz der MLÖ vom 1. Mai 1966

Am 1. Mai 1966 wurde in Wien die Organisation der Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ) gegründet. Die Gründungskonferenz beschloß den folgenden Aufruf an alle arbeitenden Menschen Österreichs:

AN DAS ARBEITENDE VOLK VON ÖSTERREICH

Wir alle leben in einem Jahrhundert ununterbrochener Bewegung und Entwicklung, in einem Jahrhundert weltumspannender Veränderungen.

In unserem, im 20. Jahrhundert, haben schon hunderte Millionen Menschen die alte, kapitalistische Gesellschaftsordnung auf den Misthaufen der Geschichte geworfen, weil sie nach Jahren teilweisen Friedens und vorübergehenden Wohlstands der Menschheit immer wieder verheerende Wirtschaftskrisen, furchtbare Kriege und entsetzliches Leid gebracht hat und zwangsläufig immer wieder bringen muß. Hunderte Millionen Menschen haben bereits den Aufbau einer neuen, menschlicheren Gesellschaftsordnung, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, begonnen, die weder Wirtschaftskrisen noch Angriffskriege kennt. Andere hunderte Millionen Menschen führen einen gewaltigen und trotz aller technischen Unterlegenheit erfolgreichen nationalen Befreiungskampf zur Abschüttelung des unerträglich gewordenen Kolonialjochs, einen immer entschlosseneren Kampf gegen den Imperialismus, dessen aggressivster und kriegslüsternster Teil der amerikanische ist.

Inmitten dieser in Bewegung geratenen Welt liegt Österreich. Die große internationale Auseinandersetzung zwischen den jungen, aufstrebenden Kräften der Gesellschaft, die mit ihrem Fleiß und Schweiß alle Werte schaffen, und den alten Schmarotzerklassen, die auf Kosten anderer Leute Arbeit prächtig leben, macht auch vor den Grenzen unseres Landes nicht halt. Auch das österreichische Volk ist vor die unerbittliche Frage gestellt: vorwärts oder zurück, Fortschritt zu einer neuen, gerechten und menschlichen Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens - oder Rückfall in eine Vergangenheit, die zwar für eine winzige Minderheit eine weitere Steigerung ihrer gigantischen Profite,

für die Massen des werktätigen Volkes aber nur Not und Entbehrungen, nur schwerste Opfer an Gut und Blut bringen kann.

Die Kräfte, die Österreich in eine Vergangenheit zurückzerren wollen, in der der Geldsack und der Polizeiknüppel, das Kapital und die Kirche frei von allen Hemmungen diktierten, sind in den letzten zwei Jahrzehnten immer aggressiver geworden.

Auf außenpolitischem Gebiet betreibt die Partei des österreichischen Großkapitals, die ÖVP, eine Politik, die unser Land wirtschaftlich, politisch und militärisch immer mehr dem amerikanischen Imperialismus und seinem europäischen Spießgesellen, dem westdeutschen Monopolkapital, ausliefert. Mit der Eingliederung in die EWG soll Österreich dem militaristischen NATO-Pakt angeschlossen werden. Das ist ein Versuch, in neuer Form die Katastrophe des Jahres 1938 zu wiederholen. Diese neuerliche Anschlußpolitik ist umso widersinniger, als heute selbst große kapitalistische Länder wie Frankreich ihre eigenen nationalen Interessen wahrnehmen und aggressive Gruppierungen von der Art der NATO verlassen.

Innenpolitisch erheben unter dem Schutz einer Regierungspolitik, die zwanzig Jahre lang unter aktiver Mithilfe der SPÖ-Führung betrieben wurde und jetzt zur Alleinregierung der klerikal-reaktionären ÖVP geführt hat, halbfaschistische und faschistische Elemente wieder das Haupt. Die systematischen Freisprüche von KZ-Mördern, SS-Verbrechern und Bombenwerfern sowie die Verfälschung des ersten faschistischen Mordes in der 2. Republik zu einem "Notwehrakt", haben allen Feinden der Demokratie und des sozialen Fortschritts, allen Feinden der Arbeiterbewegung, den Rücken gesteift und sie zu noch frecheren Vorstößen ermuntert.

In wirtschaftlicher Beziehung haben die Unternehmer zum bisher folgenschwersten Angriff auf die Kaufkraft der Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen angesetzt. Die Teuerungswelle, zu der eine Reihe von Tariferhöhungen den Startschuß gegeben hat, droht alle bisherigen Rekorde zu brechen. Obwohl ihre Profite höher sind als je zuvor, wollen die Kapitalisten einen noch größeren Teil des Nationalprodukts in ihre Taschen abzweigen. Sie kassieren immer größere Steuergeschenke vom Staat (während die Besteuerung der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere die Lohnsteuer der Arbeiter und Angestellten, wachsende Teile des Volkseinkommens wegfrißt), sie verschärfen unter dem Schlagwort von der "notwendigen Erhöhung der

Produktivität" die Antreiberei und sie prellen die arbeitende Bevölkerung außerdem noch um beträchtliche Teile ihres Lohns, indem sie dessen Kaufkraft durch eine sich ständig steigernde Inflation und Geldentwertung untergraben. Mit Recht wehrt sich die Arbeiterschaft gegen die fortschreitende Verdünnung der Kaufkraft durch den Kampf um Lohnerhöhungen, aber seit Jahren bleiben diese Erhöhungen weit hinter dem Ausmaß der Geldentwertung zurück, sodaß der Anteil der arbeitendenMenschen am Nationaleinkommen trotz Konjunktur und weitgehender Vollbeschäftigung sinkt.

In dieser ernsten, immer beunruhigender werdenden Situation ergeben sich für die österreichische Arbeiterbewegung, für die ganze arbeitende Bevölkerung unseres Landes, große und dringende Aufgaben. Um aber diese Aufgaben lösen und der unheilvollen Entwicklung der letzten Jahre Einhalt gebieten zu können, braucht die österreichische Arbeiterklasse:

- eine von allen Illusionen befreiende Erkenntnis ihrer wirklichen wirtschaftlichen und politischen Lage,
- eine klare, sich auf ihre eigene Stärke besinnende und stützende politische Zielsetzung,
- und eine organisierende Kraft, die fähig und bereit ist, den Kampf um die Verwirklichung dieser Zielsetzung zu führen.

SIND DIESE NOTWENDIGEN BEDINGUNGEN ZUR ERFOLGREICHEN DURCHSETZUNG DER INTERESSEN DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG IN ÖSTERREICH GEGENWÄRTIG ERFÜLLT ?

Wir sagen Nein! Will man die Augen vor den bitteren Tatsachen nicht verschließen, so muß man feststellen, daß im heutigen Österreich keine einzige der genannten Voraussetzungen erfüllt ist! Soll nicht auch die 2.österreichische Republik, sollen nicht alle politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der arbeitenden Menschen in dieser Republik wieder von der kapitalistischen Reaktion

zerschlagen werden, dann müssen äußerste Anstrengungen gemacht werden, um die Fundamente zu schaffen, ohne die das arbeitende Volk seine Interessen nicht wahren, seine Ziele nicht erreichen kann!

VIELE PARTEIEN - DOCH WEM DIENEN SIE?

Es gibt in Österreich eine ganze Reihe politischer Parteien. Vieles von dem, was sie - insbesonders bei Wahlen - versprechen, klingt nicht schlecht, scheint demokratisch und sozial. Doch man darf eine politische Partei nicht nach dem beurteilen, was sie verspricht, sondern nach dem, was sie tatsächlich tut. Man muß vor allem prüfen, wessen Interessen, das heißt, den Interessen welcher Gesellschaftsklasse, ihre Politik zugutekommt! So gesehen, ergibt sich sofort, daß es - neben unbedeutenden Gruppierungen wie der Liberalen Partei und der EFP - zunächst zwei offenkundig bürgerliche, das heißt, den Interessen der Bourgeoisie, also des Kapitals, dienende Parteien gibt: die ÖVP und die FPÖ.

DIE "VOLKS"-PARTEI

Sie nennt sich zwar Volkspartei, aber es gibt keine Partei, welche die Interessen des ganzen Volkes, also die Interessen aller Bevölkerungsschichten (Klassen) gleichzeitig vertreten kann. Man kann nicht gleichzeitig den Arbeitern und den Unternehmern, den einkaufenden Hausfrauen und den Preistreibern, den Mietern und den Zinswucherern, den Kleinbauern und den Großgrundbesitzern dienen, sondern nur entweder den einen oder den anderen. Bei der "Volks"-Partei zeigt nicht nur ihre Vergangenheit als die Partei Seipels und Starhembergs, Dollfuß und Schuschniggs, als die Partei, die 1927 und 1934 in die Arbeiter schießen ließ, sondern zeigt auch ihre heutige Politik, daß sie die Interessen der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, der Bankiers, Zinsgeier und Preistreiber sowie aller anderen Sorten von Ausbeutern vertritt. Auch die nationalen Interessen des österreichischen Volkes kann die ÖVP nicht vertreten, denn ihre Führung wird von Kräften beherrscht, deren Bindungen an das amerikanische und westdeutsche Kapital, an den Vatikan und an Habsburg weit stärker sind als das Interesse an der nationalen Unabhängigkeit Österreichs.

DIE "FREIHEITLICHE" PARTEI

Bei ihr ist die Situation noch eindeutiger. Weil das auch immer mehr Menschen, die sich eine Zeitlang von der Demagogie und vom Oppositionsgetue dieser Partei täuschen ließen, erkennen, gehen ihre Mitglieder- und Wählerzahlen ständig zurück.

Die meisten Führer der FPÖ waren Stützen des Nazi-Regimes, der blutigsten Diktatur und der brutalsten Fremdherrschaft, die das österreichische Volk je zu erdulden hatte. Sie bekennen sich mit geringfügigen Einschränkungen auch heute noch zu dieser "großen" Zeit. Die "Freiheit", der sie dienten, war die Freiheit der Henker und KZ-Sadisten, der Kriegsverbrecher und der Völkermörder. Sie sind die Fünfte Kolonne der deutschen Militaristen, die sich ebenso wie die amerikanischen Imperialisten von einem dritten Weltkrieg die Verwirklichung ihrer Weltherrschaftspläne versprechen. Sie sind die Einpeitscher eines neuen "Anschlusses", sind willfährige Werkzeuge der deutschen und zugleich der amerikanischen Imperialisten.

Diese Partei hat mit Freiheit ebensowenig gemein wie die Volkspartei mit dem Volk.

Der Reihe der offenkundig bürgerlichen Parteien hat sich in letzter Zeit auch noch eine andere Partei zugesellt. Ihr Gründer und Führer kommt zwar aus der SPÖ und hat von dort auch einen Teil seines politischen und finanziellen Kapitals mitgebracht; diese Partei wird aber von den schlimmsten Feinden der Arbeiterbewegung so offensichtlich gehätschelt und unterstützt, daß garkein Zweifel darüber aufkommen kann, welchen Interessen sie dient:

DIE OLAH-PARTEI

Der Charakter dieser Partei widerspiegelt sich besonders deutlich auch im Charakter ihres Begründers und in seiner politischen Karriere. 1945 hatte sich Olah der KPÖ angebiedert, von der er annahm, sie werde nun eine beherrschende Stellung einnehmen. Sein Beitrittsgesuch wurde jedoch wegen seiner verdächtigen Rolle im Konzentrationslager zurückgewiesen. Olah wurde daraufhin über Nacht aggressiver Antikommunist und schlüpfte bei der SPÖ unter, deren Führung ihn mit offenen Armen aufnahm. In ihrem Auftrag organisierte er während des Oktoberstreiks 1950 reaktionäre Rollkommandos und Schlägertrupps gegen die Streikenden, unter denen auch viele tausende SPÖ-Mitglieder waren. Solcherart gelang

es Olah, rasch Karriere zu machen und höchste Funktionen zu erlangen. Als Präsident des ÖGB war er einer der Hauptvertreter der Politik der sogenannten "Sozialpartnerschaft", die in Wahrheit bedeutete, die gewaltigen Kräfte und Möglichkeiten der Gewerkschaften nicht zum Kampf im Interesse der Arbeiter und Angestellten, sondern zur Erhaltung des "sozialen Friedens" mit den Unternehmern einzusetzen. Zugleich verschob Olah beträchtliche Teile des gewerkschaftlichen Vermögens an die arbeiterfeindliche FPÖ, an die reaktionäre "Kronen-Zeitung" und in andere dunkle Kanäle und bemühte sich um die Aufwertung der FPÖ zur Regierungspartei. Als Innenminister war Olah oberster Chef der Preiskontrollbehörden: das Ergebnis war, daß die Preistreiber noch unverschämter und mit noch weniger Risiko als früher vorgehen konnten. Nach seinem Ausschluß aus der SPÖ trat Olah auch als "unabhängiger" Abgeordneter im Parlament nicht ein einzigesmal gegen die Koalitionspolitik auf. Erst wenige Monate vor den Wahlen vom März 1966 entdeckte er plötzlich seine "oppositionelle" Ader. Sein demagogischer Scheinradikalismus und kaum verhüllter Antisemitismus, seine von ihm als "Saalschutz" und "Leibgarde" organisierten Schlägerbanden enthüllen ihn als Nachahmer größerer faschistischer Vorbilder.

Olahs DFP ist weder demokratisch noch fortschrittlich, sondern demagogisch und faschistisch.

<u>Von keiner dieser bürgerlich-reaktionären Parteien kann die arbeitende Bevölkerung auch nur das Geringste zu ihrem Vorteil erhoffen!</u> Sich im Kampf um die Interessen der arbeitenden Menschen in Stadt und Land auf eine dieser Parteien stützen zu wollen, würde bedeuten, sich selbst ans Messer zu liefern.

Doch außer den bürgerlichen, mehr oder minder offen antisozialistischen und prokapitalistischen Parteien gibt es in Österreich auch zwei Parteien, die sich selbst

ARBEITERPARTEIEN

nennen, sich für die Beseitigung der kapitalistischen und für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung erklären: die SPÖ und die KPÖ.

Lange Zeit verkörperten diese beiden, mitglieder- und wähler-

mäßig tatsächlich in erster Linie auf Arbeiter und Angestellte gestützten, von wirklich den Sozialismus erstrebenden Menschen getragenen Parteien die grundlegende Problematik der modernen Arbeiterbewegung, die sich in einer einfachen Frage zusammenfassen läßt:

REFORM ODER BESEITIGUNG DES KAPITALISMUS ?

Es gab in der Arbeiterbewegung schon immer zwei einander entgegengesetzte Strömungen:

Die Führung der einen versprach, durch Reformen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung diese Schritt für Schritt so zu verändern und umzugestalten, daß schließlich eine soziale, wenn nicht gar eine sozialistische Gesellschaftsordnung erreicht sei. Tatsächlich läuft eine solche Zielsetzung auf den Versuch hinaus, den arbeitenden Menschen ihre Lage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung so weit erträglich zu gestalten, daß sie sich mit dieser auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaftsordnung abfinden. Diesen als Reformisten, Opportunisten oder als Revisionisten bezeichneten Arbeiterführern gelang es in den relativ guten Zeiten, in den Konjunkturperioden des Kapitalismus, immer wieder, die Mehrheit der arbeitenden Menschen in die Illusion zu wiegen, daß es sich auch im Kapitalismus ganz gut leben ließe. Sie vermochten aber nicht, die arbeitende Bevölkerung vor den furchtbaren Leiden zu bewahren, die ihnen der Kapitalismus zwangsläufig immer wieder brachte und bringen muß: vor dem Elend der Krisen und den Schrecken der Kriege, deren Ursachen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegen, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht und deren Triebkräfte Profitstreben und Machthunger sind.

Die reformistischen und revisionistischen Führer haben noch immer, wenn solche Zeiten des Massenelends von Zeiten der Konjunktur abgelöst wurden, den arbeitenden Menschen einzureden versucht, der Kapitalismus habe sich grundlegend geändert und gebessert. So gelang es ihnen in vielen Ländern, auch in Österreich, die arbeitenden Menschen vom Kampf um eine bessere, menschlichere, um die sozialistische Gesellschaftsordnung, abzuhalten.

Sie haben aber in keinem einzigen Land der Welt, auch nicht in solchen, in denen sie seit Jahrzehn-

ten an der Spitze der Regierung stehen, die Ausbeuterordnung des Kapitalismus beseitigt und den Sozialismus verwirklicht.

★

Die andere, die revolutionäre Strömung in der Arbeiterbewegung verfolgte und verfolgt das Ziel, die arbeitenden Menschen für immer von den Gefahren und Leiden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien. Sie stützt sich dabei auf die Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse-tung und anderer bedeutender Theoretiker und Praktiker des wissenschaftlichen Sozialismus, wonach die arbeitenden Menschen sich von Ausbeutung, Krisennöten und Kriegsleiden nicht anders befreien können als durch die Beseitigung der kapitalistischen und durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Da noch niemals in der Geschichte der Menschheit eine herrschende Klasse auf ihre Macht und auf ihre aus den arbeitenden Menschen herausgepreßten Reichtümer verzichtet hat und das auch niemals freiwillig tun wird, kann die Ersetzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische nur auf revolutionärem Weg vollzogen werden. WER AUF DIESEN REVOLUTIONÄREN WEG VERZICHTET, DER VERZICHTET IN WAHRHEIT AUCH AUF DEN SOZIALISMUS!

Die Ausbeuterklassen unternehmen zwangsläufig auch nach ihrem Sturz verzweifelte Versuche, ihre Macht und ihr Eigentum an den Produktionsmitteln - die Quelle ihrer Macht - zurückzugewinnen. Um diese konterrevolutionären Bestrebungen wirksam bekämpfen zu können, müssen die arbeitenden Menschen den alten Staatsapparat, den die Ausbeuter zum Schutz ihrer Privilegien geschaffen haben, zerbrechen. Sie müssen selbst die Herrschaft übernehmen und einen neuen, von der Arbeiterklasse geleiteten Staat errichten. Diese Herrschaft der Arbeiterklasse hat Marx als die Diktatur des Proletariats bezeichnet, um eindeutig klarzustellen, daß die Arbeiterklasse zur Behauptung ihrer Herrschaft und zum Aufbau der neuen, sozialistischen Ordnung organisierte Gewalt gegen die Ausbeuter anwenden muß.

Die Diktatur des Proletariats bedeutet daher nur gegenüber der kleinen Minderheit der gestürzten Machthaber und Nutznießer der alten Ausbeuterordnung eine Diktatur. Sie beseitigt die "Freiheit", Menschen auszubeuten, Völker zu unterdrücken und mörderische Kriege zu entfesseln, um daran zu

verdienen. Die als Diktatur des Proletariats bezeichnete Staatsmacht der Arbeiterklasse bringt und sichert aber gerade durch die Ausschaltung der alten Profitmacher neue, im Kapitalismus niemals erreichbare Rechte und Freiheiten für die arbeitenden Menschen! Sie macht sie frei von Ausbeutung, Völkerhaß und Kriegsängsten. Sie gibt ihnen das Recht, die Früchte ihrer Arbeit ungeschmälert zu genießen, alle ihre Fähigkeiten unbeschadet der sozialen Herkunft zu entwickeln, den ihren Leistungen entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen und eine glückliche Zukunft aufzubauen, die frei ist von der Angst vor Arbeitslosigkeit, Inflation, Krisen- und Kriegsschrecken.

Freilich, die sozialistische Gesellschaftsordnung ist noch eine sehr junge Gesellschaftsordnung. Von den alten reaktionären Mächten ununterbrochen behindert und bekämpft muß sie Wege gehen, auf denen es noch an Erfahrungen mangelt, muß sie mit Menschen beschreiten, die noch in der alten Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und auch manches negative Erbe von dorther mitbringen. So kann der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung natürlich nicht reibungslos vor sich gehen, kommt es zu Geburtsschwierigkeiten und Kinderkrankheiten, besteht für eine sehr lange Zeit auch die Gefahr des Rückfalls in alte Geleise und Verhältnisse. Diese unvermeidlich auftretenden Anfangsschwierigkeiten der sozialistischen Gesellschaft nützen die Kapitalisten und ihre Helfershelfer weidlich aus, um den Sozialismus in Mißkredit zu bringen und seine Vorkämpfer zu verleumden.

In letzter Zeit haben die Feinde des Sozialismus bei dieser Zersetzungsarbeit eine umfangreiche Schützenhilfe durch die modernen Revisionisten erhalten, die sich in den noch kapitalistischen Ländern der bürgerlichen Argumentation gegen die Länder der Arbeitermacht weitgehend angeschlossen haben, während sie in der Sowjetunion und in einer Reihe von Volksdemokratien Verhältnisse herbeigeführt haben, die nicht überzeugend, sondern abstoßend wirken und die Gefahr des Rückfalls zum Kapitalismus über diese Länder heraufbeschwören. Alles das erleichtert die reaktionäre, gegen den Sozialismus und gegen alle wirklichen Sozialisten gerichtete Hetze.

Die arbeitenden Menschen gegen diese bürgerliche Propaganda immun zu machen, sie für den revolutionären, den einzig gangbaren Weg zum Sozialismus zu gewinnen und sie auf diesem Weg zu einer besseren Zukunft zu führen, war und bleibt die Aufgabe der revolutionären Arbeiterpartei.

DIE SOZIALISTISCHE PARTEI

Im ersten Vierteljahrhundert ihrer Existenz war die österreichische SP nicht nur der Herkunft ihrer Mitglieder, Anhänger und Wähler, sondern auch dem Wesen ihrer Politik nach eine echte Arbeiterpartei. Indem sie sich zu den revolutionären Lehren von Marx und Engels bekannte, reformistische und revisionistische Auffassungen bekämpfte und die arbeitende Bevölkerung in revolutionärem Sinn aufklärte und erzog, war sie tatsächlich revolutionär. So gelang es ihr, den Kampf um bedeutende politische und soziale Errungenschaften zu organisieren und trotz lange Zeit fehlender und dann verhältnismäßig schwacher parlamentarischer Vertretung zu Erfolgen zu führen, die bis in die heutige Zeit wirken. Viele dieser Errungenschaften waren das Ergebnis der Angst der Kapitalisten, alles zuverlieren, wenn sie nicht einiges zugestehen; es waren Zugeständnisse an die revolutionäre, für den Sozialismus kämpfende Arbeiterklasse.

Später, insbesondere am Vorabend des Ersten Weltkriegs, ist die österreichische Sozialdemokratie - wie der Großteil ihrer Schwesterparteien - mehr und mehr zum Opportunismus und Reformismus abgeglitten. Es gab dafür vielerlei Ursachen, darunter vor allem die fortschreitende Verbürgerlichung von Funktionären und Mandataren, die durch besondere Vorteile und Privilegien korrumpiert wurden, das Entstehen besonderer Interessen des Parteiapparats u. a. Auch der Umstand, daß der Kapitalismus vor der Jahrhundertwende eine fast 30-jährige Periode relativ friedlicher Entwicklung ohne größere Krisen durchlaufen hatte, erleichterte es den Kräften, die am Kampf für den Sozialismus nicht mehr interessiert waren, die revolutionären Lehren des Marxismus als "veraltet" zu erklären oder so zu verfälschen - zu revidieren - daß von ihnen nur mehr leere Worte übrigblieben. Aus einem Instrument des Kampfes für den Sozialismus verwandelte sich die SP so in ein Werkzeug zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In allen entscheidenden Situationen, in denen sich seither für die Arbeiterklasse die Möglichkeit eröffnete, in Österreich eine

Arbeitermacht zu errichten und zum Sozialismus zu gelangen - insbesondere 1918 und 1945 - verbündeten sich die Führer der SPÖ mit den bürgerlichen Parteien gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und retteten dem Kapitalismus das Leben. Daß die Kapitalisten in Österreich auch heute noch die herrschende Klasse sind, verdanken sie vor allem den Führern dieser Partei.

Die SPÖ hat daher mit Sozialismus nicht mehr gemein als die Volkspartei mit dem Volk und die Freiheitliche Partei mit Freiheit.

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS

Mit der Entartung der österreichischen SP in eine kompromißlerische kleinbürgerliche Reformpartei verlor die österreichische Arbeiterschaft ihre führende politische Kampforganisation. Da ohne eine solche Organisation aber kein bleibender Erfolg der Arbeiterschaft, geschweige denn ein erfolgreicher Kampf um den Sozialismus möglich ist, sammelten sich bald innerhalb und außerhalb der SP revolutionäre Kräfte, die fest entschlossen waren, eine solche notwendige Organisation auf festerer Grundlage erneut zu schaffen. So kam es am 3. November 1918 zur Gründung der KPÖ.

Obwohl die KPÖ bis zum Ende der 1. Republik eine zahlenmäßig sehr kleine Partei blieb, hat sie in dieser Zeit dennoch Unvergängliches für die Sache der österreichischen Arbeiterbewegung geleistet und im immer härter entbrennenden Kampf gegen den grünen und braunen Faschismus, im Kampf gegen den Hitler-Krieg und gegen die Okkupation Österreichs gewaltige Opfer gebracht. Diese Kämpfe und Opfer bildeten später einen wesentlichen Teil der politischen Grundlagen, auf denen die 2. österreichische Republik gegründet und ein unabhängiges, selbständiges Österreich wiedererrichtet werden konnte.

Auch in den Jahren nach 1945 spielte die KPÖ - trotz einer Reihe von Schwächen und Fehlern - eine positive und für die arbeitende Bevölkerung Österreichs nützliche Rolle. Doch insbesondere seit ihren Schwankungen im Oktoberstreik 1950 begannen sich auch in der Führung der KPÖ immer deutlichere Anzeichen opportunistischer Fehlentwicklungen zu zeigen. Mit dem Auftauchen Chruschtschows in der Sowjetunion brach der Revisionismus sodann offen hervor und gipfelte zuletzt in den Beschlüssen des 19. Parteitags der KPÖ im Jahre 1965. Dieser Parteitag brach mit den wichtigsten Grundsätzen, auf denen die KPÖ mehr als vier Jahrzehnte lang basiert hatte und deren Anwendung in einem Viertel der Welt zur Errichtung des Sozialismus geführt und ein Drittel der Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung befreit hat. Mit dem neuen Programm, das die KPÖ sich gegeben hat, unterscheidet sie sich grundsätzlich nicht mehr von jenen sich sozialistisch nennenden Parteien, die noch nirgends den Sozialismus errichtet haben.

Die KPÖ-Führer behaupten zwar noch, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zu stehen, aber sie erklären gleichzeitig, Marx und Lenin seien schon zu lange tot und die Verhältnisse hätten sich zu sehr geändert, als daß ihre Lehren noch ohne wesentliche Änderungen den heutigen Bedingungen entsprechen könnten. Trotzdem gebrauchen sie noch revolutionäre Redewendungen, zitieren sogar Marx und Lenin, um ihre revisionistischen Theorien "marxistisch" zu begründen, aber die Veränderungen, die sie an den Grunderkenntnissen der großen Denker der Arbeiterbewegung vornehmen, berauben deren Lehren ihres wesentlichen, revolutionären Inhalts. Die Auffassungen, welche die KPÖ-Führer heute vertreten, sind im Prinzip die gleichen wie jene der Führer der SPÖ und in allen wesentlichen Fragen unterstützen sie auch deren Politik. Sie haben aus der KPÖ eine zweite sozialdemokratische Partei gemacht.

So hat die KPÖ seit ihrem 19. Parteitag mit Kommunismus und Marxismus-Leninismus um nichts mehr gemein als die Volkspartei mit dem Volk, die Sozialistische Partei mit dem Sozialismus, die Freiheitliche Partei mit Freiheit und die Olah-Partei mit Demokratie und Fortschritt.

Bei allen Unterschieden, die zwischen den in Österreich existierenden Parteien vorhanden sind und die wir weder übersehen noch unterschätzen, haben diese Parteien dennoch eines gemeinsam: in jeder von ihnen bestehen grundlegende Widersprüche zwischen den Interessen der Masse ihrer Mitglieder und Anhänger und der Politik ihrer Führer. Daher ist auch keine dieser

Parteien imstande, die wesentlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten.

EINE REVOLUTIONÄRE ARBEITERPARTEI FEHLT !

Seit dem 19. Parteitag der KPÖ ist also in Österreich eine völlig neue Lage entstanden: es gibt in unserem Land keine revolutionäre Arbeiterpartei mehr! Was es jetzt noch in Österreich an Parteien gibt, sind nur noch solche, deren Politik faktisch der Aufrechterhaltung des Kapitalismus dient.

Daraus entstehen nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für das ganze österreichische Volk ernste Gefahren. Wenn es keine revolutionäre, um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung kämpfende Arbeiterpartei gibt, haben die Kapitalisten umso weniger Veranlassung, durch Reformen und andere Zugeständnisse den arbeitenden Menschen das Leben im Kapitalismus erträglicher zu machen. Der Verzicht auf den revolutionären Kampf um das Endziel, den Sozialismus, erschwert daher auch beträchtlich den Kampf um weitere soziale Verbesserungen, gefährdet bereits erkämpfte Errungenschaften und ermutigt die herrschende Klasse, ihre Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu verschärfen. Das erleichtert es auch den reaktionärsten, direkt vom westdeutschen und amerikanischen Kapital abhängigen Gruppen, ihre Politik der Unterwerfung Österreichs unter das Diktat des Auslandskapitals stärker zu betreiben, erhöht die Gefahr eines neuen "Anschlusses" und bedroht die nationale Selbständigkeit unseres Volkes.

Es ist kein Zufall, daß die Bourgeoisie international zu einer viel aggressiveren Politik übergegangen ist, seitdem der Revisionismus in der KP der Sowjetunion und in den meisten Kommunistischen Parteien Europas die Oberhand gewonnen hat! In Österreich kommt diese Verschärfung des reaktionären Kurses im Übergang der ÖVP zur Alleinregierung zum Ausdruck. Auch darin zeigt sich, daß die revisionistische Entartung der KPÖ die ganze österreichische Arbeiterklasse in eine gefährliche Lage gebracht hat.

Die österreichische Arbeiterklasse kann und wird sich mit dieser Lage aber nicht einfach abfinden. Sie wird sich eine revolutionäre Partei neu schaffen, nachdem die KPÖ aufgehört hat, eine solche zu sein.

In Erkenntnis dieser historischen Notwendigkeit haben sich Marxisten-Leninisten aus den verschiedensten Teilen Österreichs am 1. Mai 1966 in Wien versammelt, um die Organisation der

Marxisten-Leninisten Österreichs (MLÖ)

zu gründen.

Diese Organisation ist eine Gemeinschaft aller jener Österreicher und Österreicherinnen, die von der Notwendigkeit überzeugt sind, in Österreich eine Partei aufzubauen, die nicht nur dem Namen, sondern ihrem Wesen nach kommunistisch ist, also auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus steht, und die bereit sind, an der Lösung dieser Aufgabe teilzunehmen.

Diese Organisation richtet an alle revolutionären, klassenbewußten Arbeiter, an alle arbeitenden Menschen, die ernstlich den Sozialismus erstreben, den Appell, an dieser schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit mitzuwirken.